

besser und billiger verkaufen müßten als sonst, um den Absatzmarkt auf dem flachen Lande für sich zu gewinnen". Er behauptet ferner, daß die Opposition völlig im Unrecht wäre, wenn sie behauptet, daß ausschließlich die Planwirtschaft etwas ändern werde. Woraufhin ihm der Oppositionsredner Pjalakow antwortet, daß die Schaffung eines strengsten, planmäßigen Wirtschaftssystems die erste Aufgabe der Staatswirtschaft wäre, um sie dem Privatkapital gegenüber aufrecht zu erhalten.

Die Staatsunternehmen besitzen keine feste Form, die Staats trusts stehen abgesondert von der Gesamtwirtschaft da, dies muß geändert werden, denn sonst werden die Perspektiven für eine sozialistische Wirtschaft ungünstig. — Die bestehende Preisregulierung führt nicht zur Verbindung der Industrie mit der Bauernschaft, sondern nur zur Bereicherung der Vermittler. — Die Hauptursache der Wirtschaftskrise liegt in der industriellen Unterproduktion und landwirtschaftlichen Überproduktion. — Eine aktive Bilanz mit ausländischen Anleihen und eine Konzessionspolitik sind nicht miteinander in Einklang zu bringen.

Preobraschenski erweitert diese Feststellungen noch durch seine Ausführungen, daß das "Privatkapital im Wachsen begriffen ist. Es hatte in einem Jahre ungefähr 200 Millionen Profit und wetteifert jetzt mit dem Staat um die Eroberung des Bauernmarktes".

Krassin stellt die Ausnutzung der Außenkredite auf die Tagesordnung und schlägt vor, in den Wirtschaftsplan den Wiederaufbau der Industrie und Landwirtschaft mit Hilfe des Auslandskapitals vorzusehen.

Motow (Zentrale) wirft noch einmal auf: "Die Opposition spiegelt die Kinderkrankheit der linken Kommunisten vom Jahre 1918 wieder. Lenin schrieb seinerzeit eine ausgezeichnete Broschüre". (Und Hermann Gorter antwortete in einem ausgezeichneten offenen Brief an Lenin, der seine Auffassung über dessen "linke Kinderkrankheit" glänzend widerlegt.)

Der Oppositionsvertreter Kassior erklärt: "In der ersten Hälfte des Jahres 1923 ist keine Besserung in der ökonomischen Lage der Arbeiter zu verzeichnen. Es ist unrichtig, die Lage der Arbeiter lediglich auf Grund der Lohnhöhe zu beurteilen. Nur strengste Planwirtschaft gibt die Möglichkeit weiterer Befriedigung der Arbeiter." (Fortsetzung folgt.)

### Die Entwicklung zur K.A.P.-Taktik in Rußland. Die nationale Frage. (Schluß)

Der verderbliche Einfluß der Politik der herrschenden Gruppe der R.K.P. (B) zeigte sich besonders scharf auch in der nationalen Frage. Für jede Kritik und jeden Protest endlose Verbannungen (planmäßige Verteilung der Parteiarbeiter\*). Ernennungen die manchmal geradezu selbstherrlichen Charakter haben (absolut nicht populäre Leute, die das Vertrauen ihrer örtlichen Genossen nicht besitzen), Befehle nach Republiken, die Jahrzehnte und Jahrhunderte unter dem hemmungslosen Druck der Romanows, die die herrschende großrussische Nation verkörpern, gestanden haben; solche Befehle erwecken nur mit neuer Kraft die chauvinistischen Tendenzen in den breiten, wärktigen Massen und finden ihren Weg auch in die örtlichen nationalen Organisationen der kommunistischen Partei. Der sozialistische Umsturz in diesen Sowjetrepubliken ist zweifellos von den örtlichen Kräften vollzogen worden, von dem örtlichen Proletariat mit der aktiven Unterstützung der Bauernschaft. Und wenn diese oder jene kommunistische Partei einer anderen Nation notwendige und wichtige Arbeit geleistet hat, so war es bloß eine Unterstützung der örtlichen Organisation des Proletariats und der Bauernschaft im Kampfe gegen die örtliche Bourgeoisie und ihre Helfershelfer. Aber nach der Durchführung der Revolution ignoriert die Parteipraxis der herrschenden Gruppe in der R.K.P.(B), die hauptsächlich auf dem Mißtrauen zu den örtlichen Instanzen basiert, die örtliche Erfahrung und zwingt den nationalen kommunistischen Parteien verschiedene Aulpasser, oft anderer Nationalitäten, auf, was die chauvinistischen Tendenzen noch mehr hervorhebt und auf die arbeitenden Massen den Eindruck einer Okkupation dieser Gebiete macht.

Die Durchführung der Prinzipien der proletarischen Demokratie beim Aufbau der örtlichen Partei- und Staatsorganisationen wird die Wurzel des Mißtrauens der Arbeiterklasse und Bauernschaft einer Nation zu der anderen Nation vernichten.

Aber die Durchführung dieser "Einheitsfront" in den Republiken die den sozialistischen Umsturz herbeigeführt haben, die Durchführung der proletarischen Demokratie, ist gleichbedeutend mit der Organisation nationaler, kommunistischer Parteien, die in der internationale gleiche Rechte wie die R.K.P.(B) besitzen und eine besondere Sektion der Internationale bilden. Aber da alle sozialistischen Republiken manche Aufgaben gemeinsam haben und in ihnen allen die kommunistische Partei eine führende Rolle spielt, so müssen zur Besprechung und Entscheidung der allgemeinen Fragen der Werktätigen aller Nationalitäten des Verbandes der Sozialistischen Sowjetrepubliken periodische Parteikongresse aller Parteien einberufen werden, die

zwecks ständiger Arbeit eine Exekutive der Kommunistischen Parteien der SSR's bilden.

Solch ein organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Parteien der SSR kann und wird zweifellos irgendwelches Mißtrauen zwischen dem Proletariat von Grund auf vernichten und außerdem ist er von größter Bedeutung für die Agitation der Kommunistischen Bewegung in allen Ländern.

Die ganze Behandlung dieser Frage durch die Genossen der russischen Opposition zeigt überall deutlich, daß nur eine in Gesamtluß zusammengefaßte, von der bestehenden R.K.P. losgelöste und allein die proletarische Klasse bewußt vertretende neue Partei proletarisch-revolutionär die Fragen erfassen und danach handeln kann.

Nicht darin besteht der Fehler der Regierungskommunisten, daß sie zu wenig Rücksicht auf chauvinistische Tendenzen und Lokalpatriotismus nehmen, sondern darin, daß sie nicht in Stande sind (aus Gründen ihrer Gesamtpolitik) überall die proletarischen Kräfte wirklich zu entdecken und einheitlich zum Klassenkampf zusammenzufassen.

### Aus der Partei. Bericht von der Zentralaussschuß-Sitzung der K. A. P. vom 1. bis 3. März.

- Tagesordnung:
1. Organisatorisches.
  - a) Tätigkeitsbericht des H. A.
  - b) Berichte aus den Bezirken.
  - c) Presse.
  2. Politische Lage.
  3. Taktik der Partei und Union.
  4. Programm.
  5. Internationale.
  6. Verschiedenes.

Durch Delegation waren 5 Bezirke vertreten, außerdem der H. A. durch die K. A. I. und der R. A. A. der A. A. U.

Der Tätigkeitsbericht des H. A. schloß sich an die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Monate in Deutschland an. Die wirtschaftlichen Zusammenbrucherscheinungen zwingen die Bourgeoisie zur verstärkten Niederhaltung der proletarischen Klasse. Rücksichtsloser Ausnahmezustand gegen das revolutionäre Proletariat hat auch die Partei etwas geschädigt. Die ungeheure Arbeitslosigkeit tat das übrige. Die deutsche Bourgeoisie versucht durch Ausschaltung des Parlamentarismus und Schaffung von unumschränkten Vollmachten für die Regierung dem kapitalistischen Zusammenbruch entgegenzutreten. Der klägliche Ausgang der Arbeiterregierungsperiode in Sachsen-Thüringen wird heilend in den Köpfen der Proletarier wirken. Der H. A. hat zu allen Vorkommnissen Rundschreiben an die Mitglieder gesandt. Jedoch haben die Ortsgruppen zu wenig darauf reagiert. In letzter Zeit ist Besserung eingetreten. Die Arbeitslosigkeit drückt wie auf alle proletarischen Organisationen auch auf die K. A. P. Die letzte Organisationskrise hatte in einigen wenigen Orten Verwirrung angerichtet, doch sind diese wieder vollständig behoben. Die Leipziger Komödie eines Halbverrückten ist schnell zusammengebrochen.

Die Berichte aus den Bezirken ergaben im großen und ganzen das vom H. A. gegebene Bild. Die Berliner Richtung ist fast überall im Zerfall. Die Kräfte müssen nach guter Läuterung für uns gewonnen werden. Zur Jugendfrage wurde festgestellt, daß sie in letzter Zeit etwas vernachlässigt worden ist. Die Aussprache ergab, daß eine selbständige Jugendorganisation nach wie vor von der K. A. P. abgelehnt wird. Die Jugend ist im Rahmen der Partei eine Union genau wie alle anderen Proletarier zusammen zu fassen. "Die K. A. Z. hat in einigen Spalten die Jugendfrage besonders zu behandeln. Alle jugendlichen Parteigenossen sind zur Mitarbeit heran zu ziehen." Weiter wurde die Ortsgruppe Essen verpflichtet, einen Jugendgenossen in den H. A. zu wählen.

Zur Pressefrage wurde hervorgehoben, daß das unregelmäßige Erscheinen der K. A. Z. hauptsächlich auf das Konto der Erwerbslosigkeit zu buchen ist. Der Ausnahmezustand erschwert das Erscheinen, konnte es aber nicht verhindern. Die Mitarbeit ist noch schwach. Die Abrechnung der zugestellten Exemplare läßt zu wünschen übrig. Die Verbreitung der Zeitung muß intensiver betrieben werden. Ein Antrag der Ortsgruppe Gotha, daß jedes K. A. P.-Mitglied verpflichtet wird, mindestens 5 Exemplare der K. A. Z. zu verkaufen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Berlins wurde angenommen:

"Da die Mittel zur regelmäßigen Herausgabe unserer Zeitung von seiten der Mitgliedschaft nicht aufgebracht werden können, aber die Herausgabe von Druckerzeugnissen unbedingt notwendig ist, schlagen wir folgendes vor: Während der Zeit, in der das Erscheinen unserer Zeitung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sind Flugblätter und Informationsberichte herauszugeben. Diese Kosten müssen von den einzelnen Ortsgruppen getragen werden."

Ein Antrag Spandaus wurde ebenfalls angenommen. Er lautet: "Die Pressekommission übernimmt die redaktionelle Endkontrolle der einlaufenden Artikel und ist in ihrer Gesamtheit dem Hauptausschuß und der Partei gegenüber verantwortlich."

Über die Politische Lage referierte ein Genosse des H. A. Das Referat erscheint als Sonderartikel.

Bei der Aussprache über Taktik wurde hauptsächlich die Frage der Aktionsausschüsse diskutiert. Die rev. Aktionsausschüsse sind von der K. A. P. ständig zu propagieren. Die Wahl zu ihnen hängt von örtlichen Verhältnissen ab. Die Partei hat vorzichtig zu handeln, um eine Versumpfung der Aktionsausschüsse durch die reformistischen Organisationen zu verhindern.

Zur Programmfrage wurde nachfolgender Antrag angenommen:

"Die Delegierten des Zentralausschusses verurteilen aufs schärfste, daß die Programmkommission ihrem Auftrage gemäß nicht den Programmwurf vorliegen hat. Sie sehen das als Schädigung der Organisation an und werden bei nochmaliger Verletzung zu organisatorischen Maßnahmen gezwungen sein."

Es besteht die Verpflichtung, den Entwurf bis zum 1. April vorzulegen.

Zur internationale wird beschlossen:

"Das E. K. muß entschiedener alle auftauchenden Fragen behandeln und den Charakter als Körperschaft mehr wahren. Zu allen wichtigen politischen Ereignissen muß das E. K. durch Aulrufe Stellung nehmen. Zur Inforierung über die internationalen Vorkommnisse müssen von den einzelnen Landesorganisationen ständig Berichte gegeben werden."

Unter Verschiedenes wurden hauptsächlich Unterstützungs-Angelegenheiten behandelt. Mehr Aktivität muß die Gesamtorganisation auf diesem Gebiete zeigen.

Die kommenden Reichstagswahlen verlangen eine starke Aulwahlpropaganda. Die Redner müssen evtl. zwischen den einzelnen Bezirken ausgetauscht werden.

An die einzelnen Bezirke und Ortsgruppen wird es liegen, daß alle Anregungen der Delegierten guten Boden finden.

### Fortsetzung v. d. I. S.: Was ist zu tun.

Sie hat die historische Pflicht, mit aller Kraft diese Zeit auszunützen, die Vorbedingungen zu schaffen, organisatorisch und geistig, für ein neu erwachendes Proletariat.

Nicht mit marktschreierischen, sondern mit geklärt und vertiefter Propaganda ist aufzutreten. Die Endphase des kapitalistischen Systems ist von den Grundlagen aus darzulegen. Die großen Prinzipien des K.A.P.-Programms, wie sie am deutlichsten in der Union praktisches Leben werden, der revolutionäre Rätegedanke, sind eingehend und immer erneut zu begründen.

Das Proletariat in seiner Niedergeschlagenheit, mit den Schutthäuten der 2. und 3. Internationale vor Augen, wird empfänglicher als je werden für den Gedanken der Klassenbewußtseinsentwicklung. Immer und immer wieder ist das Positive in den Vordergrund zu stellen. Darüber hinaus ist folgendes zu berücksichtigen:

Es besteht die Gefahr, daß bei der fortschreitenden Zersetzung der Parteien der 2. und 3. Internationale in allen Ländern sich neue Gruppen, Organisationen, Parteien bilden, die sich als Zwischenglieder zwischen die 3. Internationale und die K.A.I. schieben, teilweise sicher mit einem der K.A.I. ähnlichen Programm. Denn die allgemeine Entwicklung muß zum Programm der K.A.I. werden.

Ungenügende Propaganda kann hier viel verschulden. Diesen Propegand gilt es aufzufangen, sie zu verhindern, daß bei Beginn der neuen Phase das Proletariat sich nicht erneut gegenseitig zerfleischt, anstatt es geeint und erfahren auf das Ziel hinsteuert.

K.A.P. und Union müssen sich vorbereiten, in einer solchen Periode das wirkliche Sammelbecken aller revolutionären Klassenkräfte zu werden.

Das ist nur möglich, wenn die K.A.I. zur Hilfe kommt. Gerade in dieser Periode der Stagnation wird sie darauf bedacht sein müssen — sie hat zum ersten Mal die besten Vorbedingungen dazu ihren inneren Zusammenhang zu festigen und gegenseitige Unterstützung zu üben, vor allem auch ideeller Natur.

In wenigen Monaten muß die K.A.I. einen Kongreß haben, der sich der Beratung dieser Fragen widmet. Eine feste schnelle Verbindung tut vor allem not zwischen der deutschen und der holländischen K.A.P.

Für die holländische Partei beginnt eine Zeit größter Verantwortlichkeit.

Sie wird das begreifen und ihre innere Einheit herzustellen wissen.

In Westdeutschland wird ein gemeinsames Zentrum sein müssen.

Es ist keine Phrase, sondern Wahrheit: Die K.A.I. rückt in die Front. Die proletarische Klasse will sie, und soweit sie sie noch nicht kennt, ersehnt sie sie. Aber sie muß ihrer Aufgabe auch gewachsen sein. Dazu bedarf es der Hilfe aller der ideellen und materiellen Kräfte der Union, wie aller kommunistischen Arbeiter-Parteien in Deutschland, Holland und England, in Bulgarien, Österreich und Rußland.

Versandstelle für den Inhalt: Otto Rausche, Nolln 4. Nr. Verlag: Fritz Wagners, Mühlentempel, Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag & Schöndorfer, Berlin.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands  
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiterinternationale

## Das Ende der Gewerkschaften.

Die Oekonomie war bis heute noch stets der revolutionäre, ausdauernde Faktor in der Geschichte. So zwingt die heutige Oekonomie die Bourgeoisie zu den Mitteln zu greifen, die eigentlich eine wirkliche Klassenrevolution des Proletariats gewährleisten.

Die Bourgeoisie greift zu diesen Mitteln aus zwei Gründen. Der erste Grund ist rein rationeller Natur. Die heutige Oekonomie verlangt die Zurückverlegung des Klassenkampfes, das heißt der Unterdrückungsmaschine sowie der proletarischen Tatkraft für unsere Betreibung in dem Betrieb. Also weg von allen Verhandlungen am grünen Tisch, weg vom Parlament! Hinein in die Betriebe, wo der Klassenkampf am unerbitlichsten wütet, hinein in den Betrieb, wo Sieg oder Niederlage einer jeden Klasse besiegelt wird. Der andere Grund der Bourgeoisie ist wohl der, die wahren das heißt die einzig wirksamen Klassenkampfmittel stumpf zu machen. Und wodurch werden diese stumpf gemacht? Durch die Legalität jeder Handlungsweise. So wurden die Gewerkschaftler während des Krieges, die Betriebsräte nach dem Kriege durch ihre Verankerung in der Weimarer Verfassung stumpf gemacht.

Natürlich gibt es in der Bourgeoisie genau so wie in den Arbeiterorganisationen rückständige Elemente, die nie die Notwendigkeiten der Geschichte einsehen können, die nie mit den rückständigen Traditionen brechen können. So geht auch heute der Kampf um diese Formen innerhalb der Bourgeoisie.

In Berlin lagte die deutsche Industrie. Lesen wir den Bericht der Vossischen Zeitung:

In der Form zurückhaltender, aber in der Sache nicht minder scharf waren die Ausführungen, die der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung, Geheimrat Ernst von Borsig, über "Industrie und Sozialpolitik" machte. Es ist kürzlich an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden, wie kritisch gegenwärtig die sozialpolitische Situation ist. Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die in den Revolutionstagen von 1918 zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmer-Organisationen gebildet wurde, liegt heute in Trümmern. Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit ist noch im Gange, und dazu kommt als neues Streitobjekt die Regelung des Schlichtungswesens. Die Arbeitgeberverbände bekennen sich zwar — das betonte auch Geheimrat von Borsig gestern wieder — zu dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und zu dem Gedanken des Koalitionsrechtes, aber als Äquivalent verlangen sie völlige Koalitionsfreiheit für beide Parteien, und möglichst große Zurückhaltung des Staates. Es liegt nun aber einmal im Wesen der Sozialpolitik, daß sie sich mit dem allen manchesterlichen Freiheitsideal nicht immer verträgt, und die sozialpolitische Aufgabe des Staates ist es gerade, dort einzugreifen, wo die freie Betätigung des Stärkeren den Schwächeren zu erdrücken

droht. Auch hier kann sich, unseres Erachtens, der Staat nicht auf die Nachwächterrolle beschränken, die ihm in dem Programm der Arbeitgebervereinigungen zugeordnet ist.

Die Arbeiter sollten es sich aber auch in ihrem eigenen Interesse überlegen, ob der Weg, den sie jetzt einschlagen im Begriff sind, der richtige ist. Unverkennbar machen sich jetzt in manchen Arbeitgeberorganisationen Bestrebungen geltend, von großen, für ganze Bezirke oder für das ganze Reich geltenden Tarifverträgen loszukommen und statt dessen zu Werkverträgen überzugehen. Die Werkgemeinschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern desselben Betriebes ist ethisch gewiß etwas erstrebenswertes, aber sie zur Grundlage eines neuen Lohnsystems zu nehmen, hat doch auch seine Schattenseiten.

Man vergesse nicht, daß die großen Gewerkschaften, wie sie sich in Deutschland herausgebildet haben, auch wenn sie nach außen hin als Vertreter des Klassenkampfgedankens oder doch als reine Interessen-Organisationen auftreten, doch zugleich stärkste Sicherung des Arbeitsfriedens bilden. Nimmt man den Gewerkschaften ihr Betätigungsfeld im Tarifwesen, so besteht die Gefahr, daß in Deutschland, ebenso wie in den romanischen Ländern, die unionistische Bewegung an den Betrieb gebundene Form der Arbeiterorganisation an Bedeutung wächst. Und was für Unruhe der revolutionäre Syndikalismus in den Betrieben hervorruft, dafür gibt es gerade in jüngster Zeit wieder in Frankreich abschreckende Beispiele. Dazu kann man sich wohl darauf verlassen, daß ein deutscher Syndikalismus "gründlicher" wäre, als es der französische oder der italienische ist.

Es ist für uns ja klar, daß diese Leute von Syndikalismus und A.A.U. keine Ahnung haben. Aber geschichtlich gesehen sind hiermit die Gewerkschaften erledigt.

Dies zeigt aber nur allzu deutlich, wie reaktionär die V.S.P. und K.P.D. sind. Die K.P.D. wird jetzt auf ihre Betriebsräte sich stützen, die vollständig reformistisch sind und nur um höhere Löhne kämpfen.

Unsere Aufgabe wird es aber sein, den Klassen-genossen klar aufzuzeigen was ist. An Hand dieser Tatsachen haben wir zu zeigen, daß die B.O., die A.A.U. in Verbindung mit der K.A.P. dazu berufen ist, das Proletariat auf den richtigen Klassenkampfweg zu führen.

Der Kommunistischen Arbeiter-Internationale fällt die Aufgabe zu, den ausländischen Klassen-genossen an Hand der Entwicklung zu zeigen, daß Gewerkschaften und Parlament ein Unsinn geworden sind.

Die K. A. I. wird dem Weltproletariat zeigen, daß allein ihre Kampfesweise und ihr Ideengehalt fähig ist, dieses kapitalistische System zu stürzen.

## Der Hitlerprozeß — der Prozeß der deutschen Republik.

Die nachfolgenden Ausführungen sind die Einleitung einer soeben herauskommenden Flugschrift.

Unter der Fülle politischer Prozesse der Nachkriegszeit steht der Hitlerprozeß durch Form wie Inhalt einzig da. Er ist der Prozeß, der der deutschen Republik gemacht wird, d. h. der deutschen Republik in ihrer gegenwärtigen Gestalt, der Republik, in der das Kleinbürgertum, noch nicht auf den Reichtümern geschleudert ist, auf den es gehört.

Bei diesem Prozeß ist allerdings nicht wesentlich, daß jeder Narr ihn als Satyre, als Tragikomödie oder als Hanswurstdiade behandeln kann, daß die Agitatoren aller Parteien noch weniger Gehirn aufzuwenden brauchen als sonst für die kommende Wahlpropaganda. Wesentlich ist, daß alle Akteure dieses Prozesses nur Exponenten stärkerer hinter ihnen stehender Kräfte sind. In welchem Grade die dahinterstehenden Kräfte interessiert sind, in welchem Grade sie sich fühlbar machen, wird rein äußerlich schon sichtbar an der Art der Führung des Prozesses. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß Fragen, wie die nach dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich, nach einer Verbindung zwischen der Reichswehr und den Kampfverbänden mit größter Vorsicht umgangen oder direkt unterdrückt werden. Keiner der hohen Herren vom Gericht scheint sich zu interessieren für den Zusammenhang der Kahr, Lossow, Seißer mit den Herren Minoux Seckt, Stresemann, Claß und Eberl. Keiner wagt eine indirekte Frage über den inneren Zusammenhang zur Bildung des Direktoriums der deutschen Republik. Niemand rührt an die innigen Zusammenhänge der Ehrhardt, Robbach, mit den offiziellen bayrischen und Reichsstellen. Keine indirekte Frage deckt auf, woher die riesigen Gelder zur Unterhaltung dieser Hitlerität stammen, geschweige denn wer die Zeitungen finanziert, die der Bewegung dienen.

Nie — in der deutschen Geschichte der letzten kapitalistischen Jahrhunderte gab ein Prozeß ein derartig deutliches Spiegelbild einer Gesamtentwicklung wie dieser Hitlerprozeß. Nicht einzelne Persönlichkeiten marschieren auf, die als Ankläger oder Angeklagte mehr oder weniger deutlich die Klassenjustiz der herrschenden Macht demonstrieren. In diesem Prozeß marschieren auf die deutsche Vergangenheit, wie die deutsche Gegenwart, das internationale Kapital in seiner Einigkeit, wie in seinen inneren Krämpfen. Die alten wie die neuen Klassen-schichtungen treten in überraschender Schärfe zu Tage. Der Prozeß ist nicht minder ein Abbild der historischen Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Kleinbürgertums wie leider auch ein Beweis dafür, daß das deutsche Proletariat seiner eigenen großen Aufgabe im vergangenen Jahrzehnt sich nicht bewußt geworden ist, sich jedenfalls ihr nicht gewachsen gezeigt hat. Daß der Prozeß in vollkommener Klarheit die Relativität aller moralischen Begriffe, ihre Begrenztheit als Klassenmoral offenbart, versteht sich am Ende von selbst. In diesem Sinne wird der Prozeß zu einem warnenden Menetekel für das Proletariat, sich herauszureißen aus dem wüsten Partei- und Interessengebilde, Klassenbewußtsein zu gewinnen, und dies Klassenbewußtsein Tat werden zu lassen; jene Tat, die es befähigt, mit allen Mitteln seiner an sich riesigen Klassenkräfte ein System zu vernichten, das in die Welt trat "aus allen Poren blut- und schmutztriefend" und das bereit ist, in Schmutz und Blut eine ganze Welt zu ersicken um den Preis, seinen Todeskampf zu verlängern.

Freilich, in diesem Münchener Prozeß steht nicht nur der Kapitalismus in seiner ganzen höllischen Widerlichkeit vor Gericht, es stehen auch vor Gericht jene Arbeiterorganisationen, die es verschuldet haben, daß das Proletariat hilflos und hoffnungslos dasteht.

und sich tagaus, tagein den Zynismus dieses Prozesses ins Gesicht schlagen läßt.

Vor Gericht steht die 2. Internationale und vor allem die deutsche Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften; Vor Gericht steht auch die 3. Internationale und vor allem ihre deutsche Sektion, die KPD.

## Politische Rundschau.

### Die deutschvölkische „Gefahr“.

Die Deutschvölkischen setzen sich zusammen einerseits aus deklassierten Elementen, letzten, entwürzelten Resten des Feudalismus und andererseits aus der Schaar derer, deren Vorkriegsideologie und Reaktionsideologie der Nachkriegszeit die Herrlichkeit des einstigen Deutschland in der Welt voran nicht vergessen lassen kann. Das sind Leute, die infolge ihrer Erziehung in Krieg und Revolution nur ein besonderes Pech Deutschlands sehen, das sich reparieren läßt durch begeistertes Rückgehen auf die Befreiungsideologie von vor 120 Jahren.

Nun muß immerhin gesagt werden, daß die einer solchen noch dazu bewaffneten Garde, wie es in Bayern war, allerlei Komplikationen nach sich ziehen kann. Aber ist der erste Schlag gegen diese Kolonnen von seitens des Kapitals (wie der Hüllerprozeß zeigt) schon ziemlich zerschmetternd (— ökonomisch und damit auch in der Folge politisch wiederholt ist dieser Kram ja schon lange —), so folgt der zweite entscheidendere Schlag (— jetzt notwendig —) von innen heraus, d. h. von den Führern dieser Horden selbst.

Die Deutschvölkischen, diese noch vor kurzem so fanatischen Gegner des Parlaments, gehen ins Parlament.

Sie werden gewaltigen Stimmenzuwachs haben, aber in gleichem Maße sinkt ihre wirkliche „Stärke“. Es ist der Übergang von der Tat zum parlamentarischen Geschwätz. Die Parlamentarier haben andere Interessen und werden den Teufel riskieren, ihre Haut zu Markte tragen, wenn sie alle ihre Interessen risikoloser bestreiten können.

Damit hört diese „Gefahr“ auf, ernsthaft zu existieren. Sie wird nur noch zu einer herrlichen Wahlparole für die Sozialdemokraten der 2. und 3. Internationale. Das Kapital ist im Zuge, sich die „Republik“ ganz so umzubauen, wie es seinem heutigen ökonomischen Stand entspricht.

## Der Kapitalismus und die „gesetzlichen“ Räte.

Als der revolutionäre Rätegedanke verraten wurde von der 2. Internationale dadurch, daß sie ihn abging und in das „gesetzliche“ Fahrwasser leitete, und

als die 3. Internationale diesen Verrat krönte dadurch, daß sie sich dieser „gesetzlichen Räte“ annahm zur angeblichen „Revolutionierung“, hatten die Proletarier im ganzen noch nicht das Bewußtsein für die Größe dieses Verrats. — Jetzt geht die Saat immer mehr auf. — Man lese:

In einem Vortrag vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag hat der Gemeine Kommerzienrat Dr. Konrad von Borsig ein Bekenntnis dafür abgelegt, daß als Gegengewicht gegen die mechanisierte Form der Behandlung von Arbeiterfragen für eine anonyme Arbeiterschaft durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die sorgsame Pflege der Betriebsvertretungen der Arbeiter als einer Gemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter für die Produktionsförderung und wirtschaftliche Betriebsgestaltung eintritt müsse.

Der Herr von Borsig hat die Sache ganz richtig erfaßt. Er hat mit seinem kapitalistischen Instinkt begriffen, daß die Einrichtung der gesetzlichen Räte gerade das ist, was der Kapitalismus zur Rationalisierung gebraucht, nämlich die Verlegung des Parlamentarismus in den Betrieb.

Damit wird kommen, was kommen muß: das langsame Nachsinken und Anpassen der famosen Gewerkschaften unter Leitung der Sozialdemokratie, wobei die Moskauer Sozialdemokratie als Führerkonkurrenz immer eine Nasenlänge voraus ist.

## Die „Anpassung“ Rußlands.

In einem Artikel Trotzki's aus allerletzter Zeit ist zu lesen:

Eine klare, einfache und erschöpfende Darstellung der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Proletariats und der Bauernschaft oder mit andern Worten, der Staatsindustrie und der Landwirtschaft, gab Genosse Lenin in seinem bekannten Artikel „Lieber weniger, aber gut“. Der Grundgedanke des Artikels kann in folgendem zusammengefaßt werden: In den nächsten Jahren müssen wir den Sowjetstaat, obwohl wir seinen Charakter als Arbeiterstaat bewahren, in jeder möglichen Weise den

Nöten, Bedürfnissen und der Kraft der Bauernschaft anpassen; die Sowjetindustrie, die wir als Staats-, das heißt als sozialistische Industrie (I. d. R.) bewahren, müssen wir einerseits dem Bauernmarkt, andererseits der Steuerfähigkeit der Bauernschaft anpassen. Nur so werden wir das Gleichgewicht bei uns im Sowjetstaat behalten können, solange die Revolution das Gleichgewicht in den kapitalistischen Ländern nicht umstößt. Nicht die Wiederholung des Wortes „Zusammenschluß“ in allen Tonarten (obwohl es an sich ein gutes Wort ist), sondern die praktische Anpassung der Industrie an die landwirtschaftliche Grundlage kann uns eine wirkliche Lösung der Zentralfrage unserer Wirtschaft und Politik geben.

Zu dieser hübschen Darlegung über Anpassung ist weiter nichts zu sagen, als daß sie ein ganz ausgezeichnete Beweis ist für die „Anpassung“ der russischen Herren an den Kapitalismus und für die taschenspielerhafte Verknüpfung von proletarischen Begriffen mit kapitalistischen Vorschlägen und Taten.

## Ein Takt auf dem Klavier der „Arbeiter- und Bauernregierung“.

Die K.P.D. kann sich einer Tatsache ernsthaft rühmen: Nie zuvor hat eine Organisation derart massenhaft „Parolen“ erfunden, wie sie. Freilich sind sie auch danach. Zu ihren schönsten gehört zweifellos die der „Arbeiter- und Bauernregierung“. Die „Arbeiterregierung“ der K.P.D. haben wir in Sachsen-Thüringen mit Herrn Ehrenbrandt kennen gelernt.

Wie die Bauern darauf erpicht sind, mit der K.P.D. sich in einer Regierung zu vereinen, zeigen sehr hübsch folgende Ausführungen in einer Rede, die auf der Landbund-Tagung gehalten wurde:

„Wie sollen sich diese 3000 Jungbauern nun in einem Kreise auswirken? Ich denke hierbei in erster Linie an die technische Nothilfe, wenn in Tagen, wo die Hochsaison bei uns Landwirten einsetzt, aufgewiegelt, verblendete Arbeitermassen die Arbeit plötzlich versagen und den heranwachsenden Segen auf den Feldern geradezu verderben und verkommen lassen, wer hat da in der höchsten Not geholfen? Die technische Nothilfe, unsere Bauernsöhne.“

Weiter wollen wir den Räubern, Verbrechern und Plünderern im Kreise ein Schrecken sein (Bravo) und diesen Leuten, die es heute noch wagen, mit Sowjetsternen auf den Dörfern herumzulaufen, die Jacke vollhauen (lobhafter Beifall) auch denen das Fell über die Ohren ziehen, die es heute noch wagen, in den Dörfern und in den Städten die Internationale oder sonstige schöne Lieder zu singen. (Erneutes Bravo!)“

## Die Betriebsräte.

In einem längeren Artikel nimmt die Bergwerks-Zeitung Stellung zum Abbau der Betriebsräte. Nach ihrer Berechnung sind im Bergbau des Ruhrgebiets 12 000 Betriebsräte vorhanden. Dasselbe übertragen auf die Gesamtzahl in Deutschland ergibt 450 000 Betriebsräte, davon ein Zehntel freigestellt macht 45 000. Bei einem Tagesdurchschnittsverdienst von 4,— Mark müssen täglich 250 000 Mark für die nicht-tätigen Betriebsräte aufgebracht werden. Würden diese unproduktiven Kräfte in den Produktionsprozeß eingereiht, so könnten 17 Millionen Tonnen Kohlen jährlich gefördert werden.

Der Vorwärts macht nun dem Artikelschreiber den Vorwurf, daß seine Rechnung auf falsche Zahlen gestellt sei. Im Ruhrkohlenbergbau seien nicht 12 000, sondern nur 3420 Betriebsratsmitglieder. In der Praxis würden nur ungefähr 600 Mitglieder der Betriebsratsausschüsse der produktiven Arbeit entzogen. Die 600 Freigestellten müßten noch die Grubenkontrolle ausüben.

Wir können den Abbau der Betriebsräte nur begrüßen, denn diese Sorte Betriebsräte haben mit den wirklichen rev. Betriebsräten, die nur entstehen können nach dem Tage der Revolution zur Übernahme der Produktionsstätten und zur Umstellung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die kommunistische Bedarfswirtschaft nichts gemein. Aber wir verstehen den Schmerz, die heutigen Betriebsräte sind Stützen der Gewerkschaften und aus diesem Grunde für die Gewerkschaften unentbehrlich.

## Die Sozialdemokratie ist „international“.

In allen Ländern, in denen Sozialdemokraten an die Regierung kommen, muß festgestellt werden, daß diese Leute versuchen, auf Kosten des Proletariats die im Zerfall begriffene kapitalistische Wirtschaft zu stützen und zu neuem Leben zu erwecken. Überall die gleiche Erscheinung. Die politische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften, einstmals geschaffen zum Klassenkampf, werden jetzt dazu benutzt, das Proletariat vom Klassenkampf abzu-

lenken und niederzuhalten. Alle diese Unterdrückungen wurden nur möglich durch die Denkfähigkeit der Arbeiterklasse und durch die Vertrauensseligkeit gegenüber ihren Führern. Hier nur einige interessante Sätze aus einer Rede des konservativen „Mac Donald“ über den sozialdemokratischen Minister „Mac Donald“ in England. Der größte Teil der Erfolge der Arbeiterpartei rühre daher, daß die Masse glaube, diese Partei verstehe ihre Wünsche. Es sei außerordentlich interessant zu sehen, wie die Arbeiterpartei jetzt, da sie zur Macht gekommen sei, ihre Theorie „im Lichte der Erfahrungen“ modifizieren werde. Seine eigene Überzeugung sei, daß sie ihre Theorien wesentlich verändern werde. Er könne nicht sagen, wie lange die neuen Minister im Amte bleiben würden. Seine einzige Hoffnung aber sei, daß sie lange genug in der Regierung bleiben möchten, um diesen Prozeß durchzusetzen. Überall das Gleiche: Parlamentarier als Stützen der wankenden Gesellschaft. Zertrümmert den Parlamentarismus.

## Die Konkurrenz der K. P. D.

Auf dem Landesverbandstag der Deutsch-Sozialen Partei, die in Berlin tagte, nahmen die Knüttel-Kunze-Leute eine Entschliebung an, die sich gegen die Aufhebung des 8-Stundenlages richtete. Die Deutschnationalen werden immer revolutionärer und es kommt der Tag, wo sie zusammen mit der K.P.D. die Gewerkschaften revolutionieren werden.

## Aus der Internationale.

### Bulgarien.

Es ist uns gelungen, wieder feste Verbindung mit unseren Brüdern in Bulgarien aufzunehmen. Wir zitieren aus dem letzten Brief:

Sofia, Januar 1924.

„Man könnte glauben, daß die K.A.P. Bulgariens nach den blutigen Kämpfen begraben sei, da die Reaktion die Blüte der Arbeiterklasse in Bulgarien erschlagen hat.“

Die K.P. Bulgariens ist zerstreut, im Zusammenbruch und hat durch die letzten Spaltungen in ihren Reihen die Führung verloren.

Die K.A.P. Bulgariens dagegen ist moralisch gestärkt und man kann sogar auch sagen, daß sie auch in organisatorischer Beziehung stark ist. Die Proletarier lesen und lesen mit Gier die illegalen Flugblätter der Organisationen der bulg. K.A.P., wovon ihr in der Beilage eins findet.“

„Unsere Zentrale wollte eine Konferenz zusammenrufen, aber es gelang ihr nicht, weil die Eisenbahn eingestellt ist und die meisten Genossen gehindert hat, einzutreffen. Darum hat sich die Konferenz verwandelt. Diese Vorkonferenz hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Soliaer Organisation, die sich in der letzten Zeit verstärkt hat, hat die Aufgabe, den Tag der Konferenz zu bestimmen und Organisationen einzuladen. Dies hat in zwei Monaten zu geschehen.
2. Während dieser Zeit müssen sich alle Ortsgruppen organisatorisch und finanziell vorbereiten.
3. Die Beschlüsse der 3. Konferenz der Kommunistischen Arbeiter-Internationale sind allen Organisationen bekanntzumachen.
4. Da die Arbeiterklasse ohne Führung geblieben ist, ist es Pflicht aller Organisationen, an sie heranzukommen.
5. Ein illegales Bulletin muß herausgegeben werden. Die Organisationen und jeder einzelne Genosse müssen das notwendige Geld hierzu aufbringen.

Die Warnauer Genossen haben an der Vorkonferenz auch teilgenommen.

Die Vorkonferenz hat die Beschlüsse der 3. Konferenz der K.A.I. mit Begeisterung angenommen und besonders waren alle Genossen-Delegierten riesig erfreut über die offizielle Aufnahme der bulgarischen K.A.P. in die Reihen der K.A.I. Schlimm ist im Augenblick, daß wir finanziell schlecht dastehen. Die Kämpfe haben alle Geldmittel erschöpft. Einzig die Soliaer Organisation steht in dieser Beziehung besser da; hier hat auch die Konferenz stattgefunden.

Die Vorkonferenz hat erneut betont, daß die Zentrale der K.A.P.B. vor zwei Jahren wegen damals wichtigen Gründen von Sofia nach Warna übersiedelt ist, daß aber jetzt die Zeit wieder gekommen ist, wo die Zentrale sich in Sofia niederlassen kann.

Dieser Vorschlag der Übersiedelung wurde von den Warnauer Genossen gemacht. . . . Wir erwarten baldige Antwort.“

Wir begrüßen das Fortschreiten der K.A.P. in Bulgarien. Es wird unser aller Streben sein, sie in ihrer schweren illegalen Arbeit zu unterstützen.

## Oesterreich.

### Klassendiktatur des Proletariats — oder weiße Sklaverei.

Arbeiter, Ihr schmachtet unter der Herrschaft des internationalen Truskapitals, unter dem Sklavenvogt des Völkerbundes, den die sozialdemokratischen Oppositionsmeister selbst eingesetzt und sich damit kastriert haben. Indessen machen sie parlamentarischen Schwierigkeiten, damit die parlamentarischen Verhandlungen besser von statten gehen.

Ihr habt auf die Kredite des Völkerbundes gebaut, jetzt spürt Ihr die Peitschenhiebe des Kapitals.

100 000 Arbeitslose, Steuersanierung! Zwei Drittel der Lasten auf das Proletariat! Das ist das Ergebnis der Völkerschwundleihe.

Was geben Euch die Moskauer Apage Ritter für einen Rat: Sozialisierung der Urproduktion. Sie sprechen diesen Urblödsinn, um mit Schwindelphrasen ihre reformistische Entmannung zu verdecken.

Sie sagen daher auch: Die Kapitalisten machen Offensive, Ihr müßt deshalb in die Defensive, Euch verteidigen. In ihrer staatsbehaltenden Borniertheit können sie nicht verstehen, daß Eure einzige mögliche Verteidigung ist: Eure Klassenherrschaft über die Ausbeuter! Die alten Rechte, d. h. das, was den Profitieren recht ist, verteidigen, heißt den Kapitalismus verteidigen; das ist der Geist der Moskauer Internationale, die sich darin auflöst.

Ihr müßt immer daran denken, daß, wenn Ihr Euch auch unter scheinbar besseren Bedingungen ausbeuten läßt, Ihr doch ausgebeutet, Sklaven bleibt, ja gerade dadurch Eure Sklaverei verlängert und all ihre Folgen. Daher gibt es nur einen Ausweg: Zerstört alle Parlamentsparteien und Gewerkschaften mit der Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiter-Internationale zur diktatorischen Klassenherrschaft des Proletariats.

## Unser Ziel, die Diktatur der proletarischen Klasse.

Arbeiter! Ihr schmachtet unter der Herrschaft des internationalen Truskapitals, das durch größere Ausbeutung, durch koloniale Lohnbedingung sein Ende hinausziehen versucht.

Genau so, wie die herrschende Klasse durch das Vorläuschen einer Gleichberechtigung, durch Phrasen von Harmonie zwischen Kapitalist und Ausbeuter, durch den Schwindel der Parlamentsdemokratie den Ansturm der revolutionären Arbeiter abzuschwächen versucht, so will sie jetzt innere Festigkeit, wirtschaftliche Macht vorgaukeln durch die äußere Macht; „Militärdiktatur“, „Regime der starken Hand“, so geht jetzt ihr Ruf!

In dieser Periode, Arbeiter, wo der ganze Firlanz eurer gesicherten demokratischen Rechte klar zu Tage tritt, erkennt, daß für die parasitäre Ordnung kein Platz mehr sein darf! Von innen heraus verfaul, besteht die ganze Stärke der Kapitalisten in eurer Schwäche, nicht an eure Kraft zu glauben.

Unter der Führung der Parlamentsparteien sollt ihr noch immer die Zeche für die Profitvampyre bezahlen bis zum Weißbluten.

Da schreien die sozialdemokratischen Salonsozialisten: „Oesterreich in den Händen des Diktators Zimmermann“, nachdem sie selbst für die Genfer Pakte gestimmt haben.

Sie beseitigen den Parlamentarismus — und setzen ihn als Zwischenaktus fort. Sie machen parlamentarische Schwierigkeiten — damit sich die parlamentarischen Verhandlungen besser abwickeln. Sie opponieren gegen die Unternehmer, damit sich die Industrie entwickle!

Der von Moskau ausgehaltene Führerkriegel der „Kommunistischen“ Partei spielt hier eine ganz besondere minderwertige Rolle als Alterrequisit der Sozialdemokratie. Sie sagen: eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus ist unmöglich, sind aber — für die Sanierung des Staates auf Kosten der Reichen. Sie haben erklärt: die sozialdemokratischen Führer sind Verräter. Heute sind sie für — eine Einheitsfront mit ihnen. Sie stellen fest, daß die Gewerkschaftsbürokratie so handelt, wie die Unternehmer es wollen, sind aber für — die Revolutionierung der Gewerkschaften.“

Dies Parlament ist nur — mehr eine Latrine für die unsauberen Bedürfnisse der Parlaments-Kretzins, die K.Peters wollen es — „von innen heraus“ zerstören.

Sie kennen sich als Internationalisten — und handeln im Interesse der neuen kapitalistischen Schichten Rußlands.

Arbeiter! Erkennt endlich den Betrug, den diese Furchschmarotzer stündlich an euch vollführen, weil ihr euch von ihnen nassühren läßt. Jagt sie endlich zum Teufel! Erkennt, daß ihr auf dem Boden der bestehenden Ordnung und Gesetzlichkeit, nicht aus der industriellen Sklaverei herauskommt, am allerwenigsten durch den egoistischen Troß eurer Parlamentarier, die Unterhändler mit dem Gegner

sind, die immer die weiße Fahne des Parlamentierens in der Hand haben. Unterhandeln heißt sich ergeben-wollen.

Wenn sich das Oesterreichische Proletariat von der Bevormundung seiner Führer befreit hat, beginnt der Weg seiner Befreiung. Indem es einsieht, daß keine gesetzlichen Einrichtungen der herrschenden Klasse Gefahr bringen, da sie ja von ihr anerkannt werden, müssen sie ihr nützlich sein. —

Weder das Parlament, noch die Gewerkschaften, noch die gesetzlichen Betriebsräte — weder das eine, noch das andere — das den Stempel der Loyalität trägt, ist revolutionär. Deshalb muß die Arbeiter-schaft, als Klasse organisiert, den Weg gehen, den die

Kommunistische Arbeiter-Partei Oesterreichs geht, die zum Sturz der Unternehmerherrschaft führt, Klassendiktatur des Proletariats!

Die revolutionären Betriebsorganisationen, vereinigt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, sind die Klassenorganisationen der Arbeiterschaft für ihre Herrschaft; sie sind die ökonomischen Grundpfeiler der neuen, der kommunistischen Gesellschaft.

Das Weltkapital ist international und kann nur, im internationalen Maßstab besiegt, sein Ende finden dadurch, daß genau so wie im nationalen Rahmen das Proletariat nur einen einzigen Kampf um das Ganze, um die Zertrümmerung dessen gewaltsamer Herrschaftsform führt, es dies auch im internationalen Sinne tut und sich vereinigt in der

### Kommunistischen

### Arbeiter-(4.)Internationale.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei Oesterreichs.

### Rußland.

## Die letzte russische Parteidiskussion.

Fortsetzung.

Kamenev spricht sich nochmals in der weiteren Diskussion gegen die Bemerkungen der Opposition aus, die er für kindisch erklärt. Seine Rede gipfelt in der Festlegung: „Das Privatkapital muß auf dem Gebiete der freien Konkurrenz bekämpft werden.“ „Das Z.K. verhält sich“, wie er sagt, „nicht skeptisch zu der Planwirtschaft, wohl aber skeptisch zur Militarisation der Wirtschaft, der bürokratischen Entstellung der Planierung.“ „Fehler gibt es natürlich genügend. Gerade Lenin eröffnete jeden Kongreß mit der Feststellung der begangenen Fehler“. Kamenev schließt seine Rede mit der Erklärung, daß die Partei, die Verleumdungen von seitens der Opposition nicht länger dulden wird.

Larin, als Wirtschaftler und Journalist, hält die Forderung des Oppositionsvertreters Preobraschenski, die Bauern nicht direkt durch Steuern, sondern durch Preispolitik zu belasten, objektiv für eine Unterstützung des Großbauerntums, da der Klassencharakter der Steuer es erlaubt, die armen gegenüber den reichen Bauern zu schonen.

Pjatakow verteidigt die Opposition und sagt: „Die Herbstkrise ist keine Produktions-, sondern eine Warenhandelskrise, die teilweise auch die Industrie ergreifen hat.“

Auch Rykow ist genötigt an Hand von Ziffernmaterial das Auseinandergehen der Industrie- und der Landwirtschaftspreise zu beweisen. Er kommt zu dem Schluß: „Wir müssen den Staatshandel ausbauen und stärken, sodaß er in kürzester Zeit das Privatkapital schlagen kann.“

Jaroslawski fühlt sich im Namen der Zentralkontrollkommission für verpflichtet, die Mehrheit der Z.K. gegen die Beschuldigungen in Schutz zu nehmen, und auch Radek findet es „unerhört“ von der Opposition, die „Autorität der Zentralorgane herabzusetzen“. Die nächste Aufgabe der Partei sieht er in der Gesundung der durch die Opposition unterwühlten Parteiorganisationen (was natürlich weitere Repressalien für die vielen unbekannteren ehrlichen Kommunisten und Arbeiter bedeutet!).

Man geht dann dazu über, die deutsche Frage zu besprechen. Genosse Sinowjew und die ganze Zentrale der R.K.P. werfen jetzt die Schuld an der Niederlage der Arbeiterklasse in Deutschland auf die Schultern von Radek und von den rechten Führern der K.P.D., deren Grundfehler bei der banalen sächsischen Parlamentskomödie darin besteht, daß sie sich „als Teilnehmer einer gewöhnlichen Koalition fühlten und dadurch in ihrer sozialdemokratischen Traditionen ausdrückten“. In Wirklichkeit haben natürlich sämtliche Führer der Dritten Internationale genau soviel Schuld wie Radek, Ehrenbrandt und Kompani und Sinowjew, vielleicht noch mehr, als er ja die Thesen über die Einheitsfront verfaßt hat.

Die Diskussion hat große Aufmerksamkeit und eine rege Teilnahme aller Parteimitglieder und parteilosen Arbeiter herbeigeführt und teilweise sehr scharfe Form angenommen. Die Differenzen wurden so scharf herauskristallisiert, daß bereits die Frage einer Parteipaltung in Erwägung gezogen wurde. In Moskau erklärte sich fast die Hälfte der Parteiorganisation für die Opposition. In manchen Provinzialstädten stimmte man einmütig für sie. Wenn die Opposition eine gerechte, proportionelle Ver-

teilung zur allrussischen Parteikonferenz bekommen hätte, hätte sie mindestens 30 bis 40% der gesamten Partei vertreten müssen. Und wenn die Parteimitgliedschaft nicht noch während der Diskussionen durch allerlei Drohungen, Demagogie, Einschüchtern und Beschneidung des freien Presseabdruckunterdrückt worden wären, wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, daß die Opposition die Mehrheit bekommen hätte. Aber da natürlich Mittel angewendet wurden, die die oppositionellen Führer von einflußreichen Posten (wie z. B. Antonow-Owkeino, politischer Leiter der Roten Armee oder Boguslawski, Sekretär des Moskauer Sowjets, Radai, Leiter der Volkbildung im Moskauer Gouvernement, Saprnow, Sekretär der allrussischen Exekutive der Räte, verschiedene verantwortliche Mitarbeiter der Prawda und viele andere) rücksichtslos beseitigt haben, so ist es kein Wunder, daß die Zusammenstellung der Konferenz von der Partei zurechtgeschustert wurde, nach der die Opposition nur den sechsten Teil der Konferenz ausmachte.

Formal hat die Opposition demnach eine Niederlage erlitten. Außerlich ist es der alten Zentrale der Leninisten gelungen, die Oppositionsvertreter zu überreden und unter dem Einfluß des Todes Lenins zu zwingen, sich auf Grund ihres Versprechens der neuen Parteidemokratie der Parteidiktatur zu unterwerfen. Aber die Krise ist zu schwerwiegend, als daß sie bei dieser erzwungenen Verständigung Halt macht. Der tiefe Gegensatz zwischen Parteiloyalität und Parteimitgliedern einerseits und staatsmännischem, bürokratisch-militärischem Regime der Partei und der unteren Masse, die in ihr einen Verrat an der Arbeiterklasse erblickt, andererseits, wird noch einmal zu lösen sein.

Die Stimmung der unteren Massen bleibt natürlich oppositionell und trotz der Ergebnisse der Oppositionsvertreter von der Unzufriedenheit zur Partezentrale getragen. Diese Stimmung und Richtung wird sich weiter mehr und mehr zeigen, bis die Zeit gekommen ist, wo wirkliche Revolutionäre und kommunistische Arbeiter in Rußland die Lehren aus der K.A.P.-Taktik ziehen und dieselbe praktisch anwenden werden, wo sie mit Hilfe des europäischen, wirklich klassenbewußt und ehrlich kämpfenden Proletariats die wahre proletarische, kommunistische Diktatur anstelle der kleinbürgerlichen jetzigen Herrschaft in Rußland und in der Dritten Internationale setzen und fortan immer halten werden. Die Vierte Internationale rückt jetzt in die Front. Die leuchtende Fackel der Kompromißlosigkeit zeigt den einzigen Weg zur Befreiung.

## Aus der Partei.

Referat vom Zentralausschuß.

### Der Kapitalismus in seiner Zerfallsperiode.

Die Untersuchungen über die wirtschaftspolitische Lage haben für die Komm. Arbeiter-Partei nicht mehr den Zweck, noch Bestätigung für unsere These von der Todeskrise des Kapitalismus zu suchen, sondern ihr Zweck kann nur noch sein, für auftauchende wirtschaftliche Unordnungen und neue Methoden Erklärungen zu finden, die Gründe für die politischen Begebenheiten, für Neukonstellationen aufzudecken, den Kurs der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Politik wie der Politik der gegnerischen reformistisch-kontervolutären Arbeiterorganisationen aufzuzeigen.

Die Anfänge der kapitalistischen Todeskrise gehen vor den Weltkrieg zurück. Sie setzen ein, als der Kapitalismus nicht mehr in der Lage war, für seine fortgesetzt gesteigerte Produktion neue Absatzgebiete zu finden, in dem nicht alle Möglichkeiten des Absatzes von Waren ausgenutzt waren. Bis dahin wirkte sich der Imperialismus in der Schaffung von Kolonialgebieten durch staatliche und wirtschaftliche Unterordnung nichtzivilisierter, nicht-kapitalistischer Länder aus. In dieser aufwärtsgehenden Periode des Kapitalismus ging, allgemein gesehen, die Nebeneinanderentwicklung der einzelnen Kapitalisten vor sich, wobei jeder einzelne versuchte, neu seinen Kunden- und Abnehmerkreis zu erweitern, ohne anderen Kapitalisten ihre Absatzmöglichkeiten zu nehmen. Der Weltkrieg war dann der Beginn eines neuen Kurses in der Weiterentwicklung kapitalistischer Wirtschaft und Staaten. Geführt um die Gewinnung neuer Absatzmöglichkeiten konnte er nur enden mit der wirtschaftlichen und politischen Unterordnung der unterliegenden Staatengruppen, ihrer Degradierung zu Kolonialgebieten. Darin zeigt sich erstmalig auf staatspolitischem Gebiet der Abbau des Kapitalismus, das Zerbrechen des Stärkeren von dem Bestand des Schwächeren, und was sich darin in staatlicher Beziehung zeigt, die Unmöglichkeit, die Gesamtheit der kapitalistischen Staaten durch Einverleibung neuer noch nicht erfaßter Gebiete zu erweitern, eingeleitet sich im Wirtschaftsleben wieder. Das Kapital als Klasse kann nicht mehr neues Kapital akkumulieren, kann seine Werte nicht mehr vermehren, da alles Lebende in den Bereich kapitalistischer Waren-erzeugung und in kapitalistische Verfügungsgewalt übergegangen ist. In der Folgezeit ist es den ein-

# Verbreitet den „Hitler-Prozess“

zelen Kapitalisten nur möglich zu akkumulieren vom Kapital anderer Kapitalisten, von da ab beginnt die Ausaugung des kleinen Kapitals durch das große, stärkere. Mit dem Beginn dieser Entwicklung, mit der Begrenzung der Werthanhäufung beginnt die rückläufige Entwicklung des Kapitals, beginnt die Todeskrise.

2. Die Triebkräfte des Kapitals bleiben immer dieselben. Der gesteigerte Profit ist der Hebel der kapitalistischen Wirtschaft. Expansionsdrang und Imperialismus werden von der Bourgeoisie immer entwickelt. Nur sind ihre Ziele entsprechend den Entwicklungsmöglichkeiten in andere Richtung verlegt. In seiner Endphase wendet der Kapitalismus sehr vielgestaltige Mittel an zur Erzielung größeren Mehrwerts. Besserte er in seiner Aufwärtsentwicklung den Lebensstandard der Arbeiter, so ist die erhöhte Ausbeutung des Proletariats durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung in seiner Abwärtsbewegung das Mittel zur Produktionsverbilligung, und damit ein Mittel zur Steigerung der Profiteure. In der Nutzenwendung dieses Mittels sind sich die Kapitalisten aller Länder einig. Und nicht in Deutschland zuerst, ging neben dem Lohnabbau die Arbeitszeitverlängerung einher. Amerika, Frankreich und Holland, alle hoch- und tiefvalutarische Länder sahen vor Deutschland die Verlängerung der Arbeitszeit.

Aber die Wirkung dieser Maßnahme zur Profitsteigerung genügt nicht, um den Produktionsrückgang auszugleichen. Die Ausdauer des Krieges, die 4% jährige Stilllegung der Produktion von Bedarfsartikeln und der dafür notwendigen Produktionsmaschinen zeigt, welcher großer Gegensatz zwischen Produktion und Absatz bestand. Trotz der, durch den Verbrauch der Kriegszeit und die Vernichtung von Produktion und Konsumtionsmitteln durch die Kriegstechnik, hervorgerufenen Nachfrage wurde die Produktion forciert. Die erste Folgerung daraus war, die technisch weiterentwickelte, und damit rationeller arbeitende Schwerindustrie ihre kleineren Konkurrenten aus dem Markt schlug. Ein Prozeß, der mit der Kapitulation der kleineren Unternehmungen endete, die aber nicht in Erscheinungen der Vorkriegszeit, in Konkurrenzen ihren Ausdruck fand, sondern die mit der Fusion der verschiedenen Unternehmungen, d. h. mit der Aufsaugung der kleinen durch die größeren endete. Die Mittel für diese Manöver bildete der aus den eigenen Unternehmungen herausgesparte Profit. Und ganz wie in den verschiedenen Industrien die Nachfrage war, übernahm man den Besitz ganz, um im Falle günstiger Konjunktur den hohen Gewinn restlos einzustreichen, oder aber im andern Fall begnügten sie sich mit einem bestimmten Anteil, der über das Verfügungsrecht über jene Unternehmungen genützte, um zu verhindern, daß durch Überschwemmung des Marktes die Preise und damit wieder der Profit gedrückt wurde.

Unzweifelhaft war das Bestreben des Kapitals darauf gerichtet, Produktion und Absatz in Einklang miteinander zu bringen, und weiter das Mißverhältnis zu verschieben; daß statt der vorkriegszeitlichen Überproduktion eine künstlich gesteigerte Nachfrage zu erzielen, um diese erhöhte Nachfrage als Anlaß für Preiserhöhungen zu nehmen. So ist auch äußerlich eine Veränderung eingetreten der Gestalt, daß in der Vorkriegszeit des ungehemmten Absatzes, die rauchenden Schornsteine das Symbol für den steigenden Profit waren, während in der Jetztzeit, die Betriebsstilllegungen, forcierte Produktion und künstliche Warenrückhaltung die Mittel für den steigenden Profit sind.

In der Tat ist mehr durch zwangsläufige Entwicklung als durch bewußte Zielsetzung durch die Kapitalisten dieser Weg eingeschlagen worden. Der erzielte Mehrwert, der zu neuer Nutzenwendung in den bisher betriebenen Produktionszweig und bei der Aufsaugung anderer Unternehmungen des Produktionszweiges keine Anlage fand wurde zur Invasion in anderen Produktionszweigen und zur Einrichtung und Übernahme von Handels- und Transportunternehmungen verwendet. Die Durchorganisation und Vereinigung des gesamten Produktions- und Handelsprozesses in einer Hand die Entwicklung des Kapitals, die wir die Konzentration nennen, zeigt sich so mehr als eine zwangsläufige. Trotzdem sind ihre Wirkungen für den als stärker sich behauptenden Teil der Bourgeoisie natürlich recht groß. Denn über der Vereinigung aller der Zwischengewinne in der Hand Einzelner wird weiterhin eine Steigerung des Profits ermöglicht durch die damit ermöglichte Vereinigung des Produktions-, des Absatz- und Verwaltungsapparates.

Der Bahnbrecher dieser Entwicklung, die eben erst in der absteigenden Linie des Kapitalismus in die Erscheinung tritt, ist, auch international gesehen, Hugo Sinning. Er vereinigt in seinen Konzern die Schlüssell- und Hüttenindustrie, die Halb- und Fertigfabrikation, die Transport-Unternehmungen, — außer der Eisenbahn besitzt er alle Arten von Trans-

## Der Prozeß der deutschen Republik

Hochaktuelle Broschüre

16 Seiten stark

herausgegeben von der K.A.P.

== Preis nur 25 Pfg. ==

Genossen!

Sorgt für rege Verbreitung!

portmitteln schon, und mit der Kreditgewährung an das Reich, an der auch er sich beteiligt, wird er auch bei Eisenbahn seinen Einfluß geltend machen, — die Bankinstitute und die Handelsunternehmen in verschiedenen Zweigen in seiner Hand. Diese Entwicklung des Kapitals gibt ihm die Kontrolle eines Produktes von der Urform bis zum Verbrauch. Sie gibt damit dem System etwas Planvolles, das ermöglicht, daß damit das Kapital die Regelung von Produktion und Absatz bewußt und unter möglicher Ausschaltung schädlicher Krisen vornimmt. Das jetzige Entwicklungsstadium gibt in dem Widerstreit zwischen Rosa Luxemburg und Pannekoek in ihrer Abhandlung über die Akkumulation des Kapitals und die Kritik der Akkumulation, Pannekoek und seiner Kritik über Akkumulation recht.

Die zwangsläufige Entwicklung ermöglicht dem Kapital Produktion und Absatz miteinander in Harmonie oder Disharmonie zu bringen, ganz wie es seinem Profitinteresse entspricht; aber Absatz und Bedarf des nicht konsumkräftigen überwiegenden Teiles des Proletariats kann er unter Wahrung seines Charakters, bei Steigerung und Erhaltung des Profits nicht ins Gleichgewicht bringen.

Mit der immer größeren Verarmung des Proletariats, mit der Aufsaugung der schwachen Kapitalien und der Proletarisierung des Kleinbürgertums, des Mittelstandes und von Teilen der Großbourgeoisie geht die Konsumtionskraft und damit die Nachfrage immer rascher zurück. So zieht sich der Kreis der kapitalistischen Produktionsweise unauflöslich enger. Diese Entwicklung der Akkumulation, die Konzentration des Kapitals, die Schaffung von Trusts und Monopolen, schmiedet die Fessel der kapitalistischen Warenproduktion.

3.

Unsere Ansicht in diesen Entwicklungsgang gibt uns auch die Erklärungen für alle weiteren, einzelnen Vorgänge im Wirtschaftsleben. Wie eine endlose Kette reiht sich alles den Entwicklungsnotwendigkeiten ein.

Wir sehen das Parieren der großkapitalistischen Angriffe durch die Organisation des kleineren Handwerks- und kleinkapitalistischen Kapitals in Verbänden und Genossenschaften. Und doch wird man diesem Zweck schlecht nutzen, den Angriffen der vereinigten industriellen, Bank- und Handelskapital nicht standhalten und eher für dieses fördernd sein, da es ihm den Kampf und die Ausrottung aller der Einzelexistenzen erspart und sie geschlossen seiner Willkür ausliefern.

Abgesehen von den staatswirtschaftlichen Wirkungen die aus den Gesetzen der Ermächtigungsregierung gezeitigt werden und von den später die Rede sein wird, zeitigen sich auch hier privatwirtschaftlichen Folgerungen, die die Fortentwicklung des Kapitals beschleunigen. Die Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernotverordnung für die aktiven Gesellschaften, die Goldaufwertung zwingt viele kleinere Aktienbesitzer zur Abstoßung ihrer Aktien. Einmal schreibt die Verordnung vor, daß alle Betriebe in 5 Jahren ihren Wert auf den Nennwert der Aktien erhöhen muß, und, daß solange keine Dividenden zur Auszahlung gelangen dürfen. Unternehmungen, deren Wert weniger als 10% des Nominalwertes der Aktien betragen — und das sind die meisten — müssen liquidieren und durch Zusammenlegung von Aktien von einer Aufwertung auf mindestens 20% des Nennwertes, ist eine Fortführung der Unternehmungen bei neuer Geschäftsführung möglich. Wird schon durch die erste Vorschritt der Dividenden Sperre ein großer Teil Aktie-

näre, der von den Dividenden erble, gezwungen zur Abstoßung von Aktien, so ist im zweiten Fall wohl nicht 5% der Aktienbesitzer in der Lage, die Mittel für die Gewinnung der noch notwendigen Aktien aufzubringen, die ihnen die Erstlegung entsprechender neuer Aktien gewährt. Und das große Angebot von Aktien, die so zwangsläufig von ihren Besitzern abgestoßen werden müssen, gibt den Kapitalkräftigen die Möglichkeit, sich günstig in den alleinigen Besitz der Unternehmungen zu setzen. All jene kleineren Kapitalisten aber, die von dem erstandenen Geld ihren Unterhalt fristen, versuchen in kurzfristigen Geschäften, im Zwischenhandel (Kettenhandel), also in der Warenspekulation oder am Devisenmarkt, also in der Devisenspekulation lohnende Geschäfte zu finden. Aber nur selten können sie dabei etwas gewinnen, die konzentrierte Gewalt des Großkapitals versteht es, auch dort mit Preissteigerung und Preissenkung, mit Hausse und Baisse, ihnen den Rest ihres Besitzes zu nehmen und sie der großen Schar der Besitzlosen einzureihen.

Auch die Stabilisierung der Mark, die Schaffung der Rentenmark durch die Unterstützung der kapitalistischen Kreise liegt in dieser Linie. Die Inflationsperiode zeigte in ihrer letzten Zeit sowohl im Außenhandel als auch auf dem Inlandsmarkt geradezu katastrophale Erscheinungen. Der Auslandsmarkt nahm, übersättigt, die mit Entwertungsschlag belasteten deutschen Waren nicht mehr ab, da sie bei Ueberfüllung, aber auch unter Berücksichtigung der aus Produktionsstilllegungen im Ausland sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Zuspitzung der Lage, nicht mehr vorzuziehen waren. Am Inlandsmarkt war eine allgemeine Zurückhaltung aller Waren zu beobachten, um sich vor Geldentwertungsverluste zu sichern. Das führte nicht nur in der Volksernährung zu Hemmungen und politischen Katastrophen, sondern das machte auch die Aufsaugung der Werte kleinerer Besitzender durch die Magnaten unmöglich, da in der Periode zu hohem Zinssatz Kredit übergewogen zu haben war, der trotz der hohen Zinsen bei der ungeheuren Entwertung noch gewinnbringend war.

Erst die Stabilisierungsversuche änderten wieder den Gang der Entwicklung in Deutschland. Stabilisierung der Papiermark und das minimale Vermögen der Rentenbank die geringe Ausgabe der Rentenmark zogen einen Geldmangel nach sich, der zur Verminderung und Sperrung von Krediten führte. Der Bedarf von Betriebsmitteln, die Nachfrage nach Geld zur Steuerbegleichung schufen eine Nachfrage nach Geld, die diese anhaltende Stabilität des Geldes ganz einfach begründete, die aber auch zur umfangreichen Abstoßung von Waren und Werten führte und auf allen Märkten Ueberangebot und Preisrückgang brachte, wodurch dann die Erlassung der Sachwerte, die weitere Kapitalanhäufung und -Gewinnung durch die internationalen vertrauten Konzerne ihren Fortgang nehmen konnte.

Dabei macht sich das Brückenschlagen des internationalen Kapitals fühlbar, die Verbundenheit und Abhängigkeit in internationalem Maße tritt in Erscheinung, wie sie in Kreditgewährung an die deutsche Privatwirtschaft und den Staat mehr in den Vordergrund rückt.

(Fortsetzung folgt.)

### Quittung.

Für politische Gefangene gingen ein von Petersburger Genossen 10 Schilling.

Für Pressefond gingen ein von Oesterr. K.A.P.-Gruppe aus Wien 33 000 Kronen.

### Berichtigung.

In Nummer 1 des 3. Jahrgang der K.A.Z. haben sich einige sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen.

Im ersten Artikel „Was ist zu tun?“ in der ersten Spalte in der 22. Zeile von oben soll es anstatt „in weiten Kreisen zweifellos zur Folge gehabt“ heißen: „in weiten Kreisen zweifellos Erfolge gehabt“.

Im Artikel „Der alte Schwindel“ auf Seite 3 in der 26. Zeile von oben soll es anstatt „Früher hatte der proletarische Staat die tatsächliche Macht gehabt“ heißen: „Früher hatte der bürgerliche Staat die tatsächliche Macht gehabt“.

Auf Seite 4 unter Rubrik „Aus der Partei“, im Bericht der Zentralkonferenz soll es im ersten Satz heißen: „Durch Delegation waren 5 Bezirke R.A.A. des A.A.U. und nicht „der H.A. durch die K.A.I. und der R.A.A. der A.A.U.“.

Verantwortlich für den Inhalt: Otto Ruppel, Köln a. Rh.  
Verlag: Fritz Wagner, Berlin-Charlottenburg.  
Druck: Buchdruckerei Iwan & Schirmer, Berlin.

3. Jahrgang

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Nummer 3

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands  
Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiterinternationale

## An die Linken der K.P.D.

In der K.P.D., d. h. in ihrer Berliner Organisation, herrscht große Freude. Die Linke hat gesiegt über die Mitte und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der kommende Parteitag die Besetzung der gesamten Reichszentrale durch die Linke billigen wird.

Daß dies unter dem üblichen Geschrei, unter den üblichen Beschimpfungen und Anschuldigungen vor sich geht, wobei jeder Teil dem andern die Schuld zuschiebt, aus der Partei einen Trümmerhaufen gemacht zu haben, das ist nebensächlich. Wichtig ist, zu untersuchen, ob dieser Sieg der Linken günstige oder ungünstige Bedeutung für das Proletariat als Klasse hat.

Der Sieg der Linken in der K.P.D. ist zunächst der Ausdruck einer gewaltigen Enttäuschung der Mitglieder über die versprochenen und ausgebliebenen Erfolge ihrer bisherigen Zentrale. Der Erfolg ist in der Tat ausgeblieben: Rußland hat sich Schritt für Schritt weiter zum Kapitalismus entwickelt.

Von den Gewerkschaften sind zwar Stücke zertrümmert (was man gerade nicht wollte), aber keineswegs revolutioniert worden, trotz Heckert und Wachler.

Im Parlament ist nichts entlarvt worden, was nicht auch hätte anderswo entlarvt werden können; dafür hat man dort aber nationalistische und antisemitische Töne in Menge hören können.

Die Arbeiterregierung in Sachsen-Thüringen hat als Komödie begonnen und ist als Komödie beschlossen worden.

All diese Erfolge wurden erzielt unter dem Parolen-Banner der 3. Internationale: Bildung der Einheitsfront unter Bekämpfung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer.

Zweifellos sind — darin hat die Linke ganz recht — diese Resultate, Resultate der bisher betriebenen Politik, wie auch die blutigen Hamburger Kämpfe im Oktober und der entsprechende Rückschlag damit in engem Zusammenhang stehen.

Eine solche Politik kann keine anderen Erfolge haben, denn sie ist eine sozialdemokratische Politik in revolutionärem Wortkleid.

Daß allen Tobens ungeachtet die Rechte und die Mitte der K.P.D. konsequent seit langem auf den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie hinsteuert oder auf so etwas wie eine „Labor Party“ in deutschem Gewande und damit sich wieder zu ihrem geliebten, etwas linkeren Levi hinfinden, scheint jetzt auch der linken K.P.D. aufzudämmern und ihr nötig zu sein, auszusprechen.

Wer doch der Zwiespalt zwischen Radek und Levi vor Jahren nur persönlicher Natur, sachlich verstehen sie sich ausgezeichnet.

Die Rechte und die Mitte gingen und gehen eben von der Feststellung aus, daß es vorläufig mit der Revolution vorbei ist; daß man diesen Verhältnisse Rechnung tragen muß, also — — — offene sozialdemokratische Politik machen muß.

Diese Folgerung ist ganz konsequent bei Führern, die — wie wir immer wieder feststellen müssen — sich nicht im Prinzip, sondern nur in der Tonart und Aulmachung von der Sozialdemokratie unterscheiden. Übrig bleibt dann eben, bei sinkender Konjunktur, der Streit um das Frühere. Und was hat das noch für einen Zweck, wenn nicht dabei für die Führer herauströmen kann.

Was wollen nun die Linken an die Stelle der alten Politik setzen?

Der Berliner Bezirks-Parteitag hat sehr eingehende Debatte gehabt. Mehrere Seiten der „Roten Fahne“ und ein Aufruf sind ihm gewidmet. Wir lesen und lesen immer wieder und können nichts entdecken, nichts als einen starken Anwand von bedrohlich klingenden Worten.

Und diese Tatsache scheint unsere so oft gemachte Feststellung zu bestätigen, daß diese Linken überhaupt kein anderes (d. h. ein von der Rechten prinzipiell verschiedenes) Programm haben; daß sie nur mit Gefühlsausbrüchen offerieren, die vielleicht von gutem Willen zeugen, aber nimmermehr von klarem Willen.

Zweifellos ist ihr die Rechte an Klarheit der Erkenntnis über die ökonomisch-politische Lage, in der Deutschland augenblicklich steckt, über die nicht wegzudisputierende Stagnation und ihre Ursachen weit überlegen.

Während nicht daran zu zweifeln ist, daß die alte Zentrale auch die Situation im Herbst vergangenen Jahres richtig einschätzte, nur aus Feigheit und Demagogie nicht den Mut fand, dies klar auszusprechen, glaubt die Linke scheinbar noch heute, daß man — wenn eben Brandler und Thalheimer nicht gewesen wären — die Bourgeoisie damals hätte stürzen können. Sie kann sich nicht satt daran reden, daß dieser „historische Moment“ verpaßt wurde. Ja, sie geht weiter und erklärt, die (zwischen schon wieder beendigten) Kämpfe der Welt- und Hafenarbeiter für den Anlang neuer revolutionärer Akte.

Diese Ausbrüche sind gewiß, ein Beweis für die persönliche größere Ehrlichkeit der Linken und ihren hingebenden Willen an die Revolution, aber sie sind leider kein Beweis dafür, daß sie den richtigen Weg gehen.

Denn die Linken gehen ja, noch einmal sei es gesagt, prinzipiell denselben Weg wie die Mitte und die Rechte.

Wollen sie den Parlamentarismus aufgeben? Nein.

Sie brauchen nur stärkere Worte, um zu sagen, was das Parlament ist; aber — — — sie wollen ins Parlament.

In allen Wahlversammlungen versichern sie mit Inbrunst, daß das Parlament das elendeste Instrument ist das es gibt; daß man mit dem Parlament nichts erreichen kann und daß sie keine Wahlstimme wünschen als solche, die ganz klar erkannt hat, was die K.P.D. will.

Ja, wie denn: Wer klar erkannt hat braucht doch nicht mehr das Parlament? Da ist ein heillos Bruch in der Beweisführung.

Oder die Linken sagen: „Und wenn wir trotzdem die Arbeiter aufordern, bei den Reichstagswahlen für die Kommunisten zu stimmen, so wollen wir damit eine Demonstration der klassenbewußten Arbeiter gegen die Bourgeoisie haben.“

Jeder, der eine Stimme für die Kommunisten abgibt, gibt sie ab für die proletarische Revolution und gegen das Parlament.“

Ja, warum beläßt man es dann nicht bei der bloßen Sammlung von Stimmen, geht aber nicht ins Parlament? Denn soviel ist doch gewiß: Wer ernsthaft heute an der Zerstörung der Republik der Bourgeoisie arbeitet (nicht nur mit Reden, die außerdem niemand abdruckt als die Linke selbst), findet auch unter der sogenannten Immunität keinen Schutz.

Aber weiter: Wollen die Linken die „Revolutionierung“ der Gewerkschaften einstellen? Nein.

Sie wollen dort nur noch lauter schreien als es bisher geschah; sie wollen oppositionelle Gewerkschaften als Industrierverbände gründen und wollen einen Kongreß einberufen im Mai, auf dem diese oppositionellen Gewerkschaften im Verein mit den oppositionellen gesetzlichen Betriebsräten „den gebührenden Schlag“ gegen die Amtsdarmer führen.

Und die Parolen: Für Rückeroberung des Achtstundentages; für den Friedens-Reallohn; für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Das ganze also der alte hoffnungslose Reformismus, genau gleichen Kalibers, wie er vor fünf Jahren von Radek eingeleitet wurde und nun eben in der Entwicklung der Rechten zur offenen Sozialdemokratie ausklingt.

Den wollen also die Linken von vorn anfangen zu gehen. Und das heißt dann revolutionäre Politik.

Diesen Kampf sollen (laut Aufruf) die Kommunisten „mit Ingrimmt, mit Ernst und Zähigkeit“ durchführen, dann — — — und wenn sich alle Reichsorganisationen auf Berlin, d. h. auf Ruth Fischer stützen — wird es wohl gehen der K.P.D.

Das ist alles; aber auch wirklich alles. Nein, Genossen der K.P.D. Das ist nichts. Wenn ihr nichts weiter wollt, dann laßt allen Streit mit eurer Rechten und eurer Mitte; dann lohnt es wahrhaftig nicht, dafür Massen von Proletariern mobil zu machen.

Wenn euer Sieg nicht mehr ist, als der Ausdruck einer gefühlsmäßigen Reaktion, wenn er nicht wirkliche Klärung bringen soll — wenn ihr das Bewußtsein habt, daß aus dem Untrümmerhaufen der 2. und 3. Internationale etwas Wirkliches für den Klassenkampf gewonnen werden muß — wenn ihr, und zu Recht, fühlt, daß große Massen anfangen die Sozialdemokratie wirklich und prinzipiell zu liquidieren und sich auf einen Weg besinnen wollen, der ihren revolutionären Klasseninteressen entspricht, daß sie Methoden suchen, mit denen sie wirklich kämpfen können — dann gebt den Parlamentarismus endgültig auf!

Dann zerstört die Gewerkschaften. Schafft keine neuen, sondern helft bei dem Aufbau von Betriebsorganisationen!

Denn erkannt, daß die Partei wohl eine Vorhut sein muß und straff organisiert, aber nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck!

Drum laßt alle Führerpolitik fahren, die nur etwas anfangen kann mit Dummen oder Fanatisierten, oder mit beiden!

Dann wendet euch prinzipiell auf von aller sozialdemokratischen Politik und treibt allein revolutionäre Klassenpolitik!

### Hat der Dollar seine Rolle schon ausgespielt?

Vor nunmehr fast drei Jahren, als der Dollar „erst“ ca. 60 bis 80 deutsche Reichsmark galt und dem deutschen Bürgertum wie auch dem deutschen Proletariat jegliche Vorstellungsmöglichkeit des Begriffs „Billion“, ja der weitaus größten Mehrzahl wohl überhaupt schon die Kenntnis dieses Wortes fehlte — denn in dem ebenso sehr vorgebildeten wie ebensovienig vorbildenden, aber immerhin verblüfflich gepriesenen Erziehungsprogramm der preussischen Kultusministerien war bekanntlich eine solch höhere Sphäre nicht vorgesehen — im August 1921 schrieb der „Proletarier“, damals das wissenschaftliche Organ der K.A.P.D., heute die Zeitschrift der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, über die Perspektiven der Währungsreicherung in Deutschland u. a.:

„Durch die Veränderungen in der ökonomischen und politischen Basis Deutschlands beginnt auch seine Währung, seine Valuta, allmählich ihren Charakter als finanzieller Repräsentant einer nationalselbständigen Wirtschaft und eines nationalselbständigen Staates zu verlieren. Er größerer Umfang die Ueberfremdung, der Ausverkauf Deutschlands durch das ausländische Kapital annimmt, je höher der Grad der Entwertung von Wirtschaft und Staat in Deutschland als einer nationalselbständigen, in sich geschlossenen Einheit, desto niedriger naturgemäß der Stand der